



Liebe Leserin, lieber Leser,

Sie halten die fünfte Ausgabe von XtraGrün in Händen. Die „Fünf“ - für uns GRÜNE im Kasseler Rathaus ist das schon ein kleines Jubiläum, für Sie hoffentlich wieder eine informative und vergnügliche Lektüre zu aktuellen Themen der Stadtpolitik. Wir haben diese Zeitung ins Leben gerufen, weil wir Rechenschaft geben wollen und den Dialog mit Ihnen suchen, kontinuierlich und nicht nur in Wahlkampfzeiten. Und wir machen diese Zeitung, weil für uns GRÜNE eines besonders wichtig ist: Politik muss glaubwürdig sein. Das gilt für die Sachthemen und das gilt für die Information.

Nehmen Sie uns beim Wort und sagen Sie uns Ihre Meinung. Anregungen und Kritik sind herzlich willkommen. Ich wünsche Ihnen viel Spaß mit unserer fünften XtraGrün.

Wolfgang Friedrich, Fraktionsvorsitzender

## Fonds für Recycling von Industriebrachen gefordert

Kassel strotzt vor Industriebrachen, Flächen, die für Wohnen und Arbeiten genutzt werden könnten statt hierfür Naturgebiete zu bebauen.

Mit der Erstellung eines Siedlungsrahmenplanes 2015 für die Region Kassel – Zweckverband Raum Kassel – unternimmt die Stadt den Versuch, für die nächsten zehn Jahre das Nebeneinander von Wohnen und Gewerbe dort zu ermöglichen, wo bereits entsprechende Siedlungsstrukturen vorhanden sind. Die Gründe für eine solche Planung sind vielschichtig: Der Verbrauch an Fläche soll gering gehalten, die Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr ermöglicht und eine unsinnige Konkurrenz der nordhessischen Gemeinden um Bau- und Gewerbegebiete reduziert werden.

Dass dies nicht nur harmonisch zugeht, versteht sich von selbst. Welche Gemeinde möchte nicht einkommensstarke Einwohner an ihre Gemeinde binden und welche Stadt möchte nicht Firmen ansiedeln, die Gewerbesteuer in den Stadtsäckel bringen? Aktuelle Konfliktpunkte sind also vorprogrammiert.



### Bebauung Dönche-Süd?

In einer Studie der Uni Kassel zur zukünftigen Wohnentwicklung hat sich herausgestellt, dass viele Kasseler, die ins Umland gezogen sind, gerne in Kassel geblieben wären, wenn dort die Bedingungen gestimmt hätten. Einige Menschen wollen aus dem Umland wieder nach Kassel zurück, weil ihnen ihr Haus inzwischen zu groß geworden ist. Deshalb muss die Stadt nachfrageorientierte Wohnbauflächen anbieten. Kassel verfügt noch über einige gut zu bebauende Flächen.

Konflikthaft könnte aus Sicht von uns GRÜNEN aber eine zu großzügige Bebauung der Dönche-Süd sein. Auch die mögliche Bebauung des Geländes der ehemaligen Gartenversuchsanstalt in Oberzwehren muss wegen seiner wichtigen Bedeutung für die Luftversorgung Niederzwehrens mit kalter, frischer Luft aus der Dönche genau geprüft werden.



### Gewerbegebiet Langes Feld?

Eine Studie, die die Stadt Kassel in Auftrag gegeben hat, empfiehlt die Ausweisung des Langen Feldes als Gewerbegebiet. Doch die Gutachter lassen keine Zweifel daran, dass das Lange Feld für die Kasseler Innenstadt ein wichtiges Gebiet zur Entstehung von Kaltluft ist und nicht durch andere Flächen kompensierbar wäre.

Nach Aussage des Zweckverbandes sind auch für die nächsten zehn Jahre noch genügend Grundstücke für Gewerbegebiete vorhanden.

Große Probleme bereiten inzwischen nennenswerte Gewerbebrachflächen, die meist Unternehmen gehören, die sich scheuen, hohe Kosten für ein Recycling der Brache auszugeben. Wir Grünen fordern deshalb die Landesregierung auf, Mittel für einen Fond bereitzustellen, mit dem Brachflächen so hergestellt werden, dass sie auf dem Markt wieder angeboten werden können. Der große Vorteil einer solchen Lösung läge darin, dass diese Brachen einerseits eine hervorragende Infrastruktur ausweisen und damit natürlich der weitere Flächenverbrauch reduziert werden könnte.

Dieter Beig, Stadtentwicklungspolitischer Sprecher

## Spieglein, Spieglein an der Wand ...



Wolfgang Friedrich

GRÜNE Politik ist an Inhalten orientiert, nicht an taktischen Spielchen, wie die Position zum Flughafenneubau in Calden zeigt.

Kassel ist bekanntlich die Hauptstadt der Deutschen Märchenstraße. Und da Tradition verpflichtet, fühlen sich viele berufen, selbst Märchen zu erzählen. Sich mit dem wissenschaftlichen und politischen Erbe der Brüder Grimm auseinander zu setzen wäre ja auch viel schwieriger.

Eine dieser Geschichten erzählt von dem sagenumwobenen Aufstieg einer Region durch den Neubau eines Flughafens. Da darf es dann nicht stören, dass kein sogenannter Billigflieger nach Calden will, weil die Region mit Erfurt, Hannover und Paderborn gut angebunden ist. Da darf es auch nicht stören, dass die Lufthansa vor der Verschwendung von Steuergeldern warnt und viele Alternativen für eine wirtschaftliche Stärkung der Region und mehr Arbeitsplätze auf dem Tisch liegen. Jetzt müssen 17,8 Millionen Euro in den Haushalt eingestellt werden, verkündeten die Erzähler in der CDU- und SPD-Fraktion. Mit uns GRÜNEN war das nicht zu machen – das Ende der GRÜN-schwarzen Zusammenarbeit die klare Konsequenz. Denn gestern für einen Inhalt streiten und morgen auf Vergesslichkeit hoffen, das ist nicht Grüne Politik. Dabei wissen wir natürlich, dass Kompromisse nötig sein können und Inhalte Mehrheiten benötigen. Aber jenseits alles inhaltlichen Streits über den Sinn des Neubaus ist doch für jeden offenkundig, dass diese Haushaltsmittel jetzt überhaupt nicht gebraucht werden. Sie sind eine Luftnummer. Und wer diese Nummer jetzt bucht, handelt nicht nach sachlichen Gesichtspunkten, sondern schaut in einen Märchenspiegel.

Der inzwischen offen gewordene Streit innerhalb der CDU zwischen Dr. Jürgen Gehb und Christoph Holler spricht Bände. Einen Kürpunkt wert, aber nur für Schnelligkeit und saubere technische Ausführung, waren auch die Purzelbäume der SPD. War sie zunächst gegen den Haushalt, egal ob mit oder ohne Flughafenmittel, kam flugs der Abroller und zehn Tage später die Zustimmung.

Für diese Art Politikstil ist die Grüne Rathausfraktion nicht zu haben. Wir orientieren unsere Entscheidungen an konkreten Inhalten und nicht an taktischen Spielchen. Das war zu Beginn der Zusammenarbeit mit der CDU so und wird nach deren Ende so bleiben.

Deshalb gibt es auch keinen Blick zurück im Zorn. Nach der wechselseitigen Blockade von SPD und CDU haben wir vor zwei Jahren das Stadtschiff wieder flott gemacht und neue Impulse gesetzt:

- Im Jugend- und Kinderbereich sind wichtige Verbesserungen eingeleitet worden.
- Eine stärkere regionale Zusammenarbeit bei der Wasserversorgung ist auf dem Weg.
- Die Wasserunion mit dem EON-Konzern ist vom Tisch.
- Statt DEZ-Ausbau steht die Stärkung der Innenstadt als urbanes Zentrum auf der Tagesordnung.

Auch die Liste für bessere wirtschaftliche Rahmenbedingung und mehr Arbeitsplätze in unserer Stadt ist lang. Daran werden wir weiter arbeiten, sachlich und engagiert, mit guten Ideen und vernetzten Vorschlägen. Und manchmal – ich gebe es zu – schauen auch wir in den Spiegel und stellen eine Frage. Die wahre Antwort darauf steht allerdings nicht im Märchen, sie liegt letztlich bei Ihnen.

Spätestens bei der nächsten Wahl

Wolfgang Friedrich, Fraktionsvorsitzender

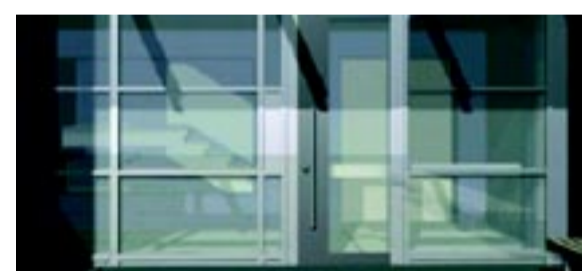
SMA:  
Der Erfolg der Solar-Firma kann wegweisend sein ... Seite 2



Kooperation von Bund und Kommune:



Kommt die Kinderkarte? ... Seite 3



Wohnen: Bei der GWG zieht die Zukunft ein ... Seite 4



Foto: juwi GmbH

SMA liefert Systemtechnik für die PV-Anlage des FSV Mainz 05 – Die Sunny Boys der ersten Liga.

## Die Zukunft ist angezapft ...

Der Erfolg des Niestetaler Solarunternehmens SMA kann wegweisend sein für Energietechnologie „made in Kassel.“

Die Kasse in der Kasseler Nachbargemeinde Niestetal klingelt. 15 Millionen Euro Gewerbesteuereinnahmen füllen dort den Stadtsäckel. Drei Millionen waren erwartet worden; zwölf Millionen mehr sprudeln in die Kasse! Davon sind sechs Millionen Steuernachzahlungen aus dem Jahr 2004. Der Grund: In Niestetal existiert ein Unternehmen, dessen Geschäfte seit zwei Jahren so blendend laufen, dass die bisher erwarteten Gewerbesteuereinnahmen der Gemeinde um ein Vielfaches übertraffen werden. Der Name des Unternehmens: SMA. Das Geschäftsfeld: Wechselrichter für die Solarindustrie. Der Aktionsradius der Firma: die Welt. Die Zukunftspläne: Erweiterung der Produktion, Ausbau der Arbeitsplätze von 750 auf 1.000 innerhalb eines Jahres.

Vermutlich ist Dr. Jürgen Barthel, Kämmerer in Kassel, blass vor Neid geworden, als er von diesen Zahlen erfuhr. Hatte doch die Stadt Kassel vor einigen Jahren sich nur wenig angestrengt, dem kleinen Unternehmen SMA, einer Ausgründung aus der Uni Kassel, einen attraktiven Standort innerhalb des Stadtgebiets anzubieten. Man traute dem Markt mit der Zukunftstechnologie Solarstrom wenig zu. Mittlerweile rächt sich das.

### Europäische Highlights

Aber wer will, kann lernen! SMA ist nicht die einzige Ausgründung aus der Kasseler Universität und nicht das einzige Unternehmen, das sich mit der Herausforderung befasst, wie der Energiehunger der Welt künftig gestillt werden kann – und das auf sozial- und umweltverträgliche Weise. Im Bereich der regenerativen und dezentralen Energieversorgung hat Kassel europaweit einmalige Kompetenzen vorzuweisen. In allen entscheidenden Feldern künftiger Energiegewinnung – Sonne, Wind, Wasser, Biomasse, Geothermie – ist die Kasseler Universität mit dem angeschlossenen Institut ISET führend. Ebenso bedeutend sind die Kompetenzen auf dem Sektor der Energieeinsparung, die von zwei europäischen Highlights repräsentiert werden: durch das Institut für umweltbewusstes Bauen und den Studiengang für rationelle Energiewandlung. Um zukunftssträchtige Ausgründungen aus der Universität – kleine Existenzgründungen, die die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse für neue Produkte und Dienstleistungen auf diesem innovativen Markt umsetzen – muss sich Kassel verdient machen.

Die Lehren des Erfolges in Niestetal lauten:

- Kassel braucht einen Gewerbepark für solare und dezentrale Energietechniken!
- Kassel muss seine Vorteile nutzen und europäische Hauptstadt für Solartechnik werden!
- Kassel braucht eine Politik, die sich für diese Zukunftstechnologien stark macht!

Glückwunsch an Niestetal – und die besten Wünsche für Kassel!  
Helga Weber, Umweltpolitische Sprecherin



## Ihre GRÜNEN AnsprechpartnerInnen in der Nachbarschaft

**Mitte:** Gertrud Hahner ☎ 7 39 63 62 · Ina Rudolph-Lösel ☎ 77 76 46  
**Süd:** Kerstin Saric ☎ 2 77 29 · Roland Schäfer ☎ 2 57 89  
**West:** Dagmar Stöwe-Marquardt ☎ 1 84 05 · Karin Müller ☎ 3 16 52 25  
 Willi Schaumann ☎ 77 59 32 · Dr. Hans-Helmut Nolte ☎ 1 88 33  
**Wehlheiden:** Ute Mayer ☎ 3 16 29 44 · Dr. Marianne Hornung-Grove ☎ 2 18 63  
 Klaus Hansmann ☎ 28 29 96  
**Wilhelmshöhe / Wahlershausen:** Dr. Gisela Wiegand ☎ 3 16 10 53  
 Birgit Hesse-Ogieva ☎ 3 16 13 94 · Johanna Bornhütter ☎ 31 51 83  
**Brasselsberg:** Dieter Neuber ☎ 40 45 92  
**Süsterfeld / Helleböhn:** Dr. Ulrike Arndt-Ladleif ☎ 3 29 53  
**Harleshausen:** Sabine Stern ☎ 9 88 00 58 · Klaus Röbig ☎ 88 45 87  
**Kirchditmold:** Dr. Hermann Flux ☎ 6 74 44 · Eckhardt Wagner ☎ 6 62 81  
 Elisabeth König ☎ 6 86 39  
**Nord / Holland:** Medard Flinner ☎ 89 18 39  
**Philippinenhof / Warteberg:** Karl-Heinrich Sippel ☎ 8 33 64  
**Fasanenhof:** Gerhard Kähler ☎ 8 70 01 72  
**Wesertor:** Armin Schreier ☎ 8 70 04 43 · Vincenz Grünow ☎ 87 60 82  
**Wolfsanger / Hasenhecke:** Irene Anacker ☎ 81 26 68  
**Bürgerliste Bettenhausen:** Alfons Fleer ☎ 57 18 57 · Dr. Uwe Egen ☎ 5 41 42  
**Forstfeld:** Hans-Peter Faber ☎ 5 10 13 71  
**Waldau:** Jürgen Blutte ☎ 57 80 42  
**Niederzwehren:** Benjamin Elizalde ☎ 9 41 39 36  
**Bürgerinitiative Oberzwehren:** Friedhelm Weißbäcker ☎ 4 35 20  
 Klaus Gnau ☎ 9 41 69 47  
**Nordshausen:** Karl-Heinz Großkurth ☎ 40 36 20  
**Jungfernkopf:** Herbert Sprotte ☎ 88 08 42  
**Unterneustadt:** Karl Schöberl ☎ 57 62 73 · Joachim SchleiBing ☎ 57 66 61

## Graffiti als Kunst und Jugendkultur

Die Debatte um legale Graffiti-Flächen wird von der CDU immer wieder auf die Tagesordnung gebracht. Dabei wird seitens der Christdemokraten nicht unterschieden zwischen Schmierereien und Graffiti. Die legalen Graffiti-Maler aber machen Kunst, verstehen Graffiti als einen Teil der jugendlichen Hip-Hop-Bewegung und beachten ungeschriebene Regeln. Diese Jugendkultur unterstützen wir. Legale und gut sichtbare Flächen sind aus Kassel nicht mehr wegzudenken. Im Gegenteil: Wir brauchen mehr davon.

Wir GRÜNE sagen aber auch deutlich, dass wir Schmierereien verurteilen. Wenn Jugendlichen die Möglichkeit gegeben wird, sich auszuprobieren und sie für das, was sie tun, Anerkennung erfahren, werden auch die Schmierereien weniger. Das zeigt das Graffiti-Projekt des Jugendamtes sehr deutlich. Deswegen sollte das Projekt unterstützt und gefördert und nicht immer wieder in Frage gestellt werden.

Karin Müller



## Gut zu Fuß

Mehr Komfort und Sicherheit auf Kassels Gehwegen.

In den letzten Monaten waren wir GRÜNEN nicht nur gut zu Fuß beim CityLauf unterwegs, sondern haben uns auch um die Verbesserung der Situation von Fußgängerinnen und Fußgängern in Kassel gekümmert. Die schweren Verkehrsunfälle mit Fußgängerinnen und Fußgängern der letzten Zeit machen leider den Handlungsbedarf in diesem Bereich mehr als deutlich. Mit einem Antrag für ein fußgängerfreundlicheres Kassel, den wir Grünen initiiert haben und der im Stadtparlament fraktionsübergreifend beschlossen wurde, konnten wir eine Reihe von Maßnahmen verankern, die bereits erste Früchte tragen. Dazu zählen:

- Eine bessere Steuerung der Fußgängerampeln,
- Verbesserungen bei der Sicherheit auf Schulwegen,
- mehr Zebrastreifen,
- die Einrichtung ausreichend komfortabler und barrierefreier Fußgängerwege,
- die Erstellung eines Rahmenplanes mit einer Prioritätenliste unter Beteiligung der Ortsbeiräte und der Verkehrsinitiativen.

Erste Verbesserungen, die mittlerweile vorgenommen wurden, sind wichtige Schritte in die richtige Richtung – weitere müssen folgen.

Ottmar Miles-Paul, Verkehrspolitischer Sprecher



Stärkere Flexibilität und Bildungsförderung stehen auf der Agenda für eine zeitgemäße Kinderbetreuung.

Kinder sind die Zukunft unserer Gesellschaft und mit einer guten Bildung von Anfang an schaffen wir die Voraussetzungen für einen guten Start ins Leben. Investitionen in die Kinderbetreuung und die Schaffung einer bildungsfördernden Umgebung, auch für die Jüngsten, werden sich mehrfach rechnen und können sich zudem als ein „Standortvorteil“ erweisen.

Mit dem in der Stadtverordnetenversammlung am 23. Mai 2005 gefassten Beschluss zur Erhöhung des Fachkräfteschlüssels von 1,5 auf zwei Stellen pro Regelgruppe in Kindertagesstätten und in Hortgruppen haben wir Grüne in Kassel für einen Qualitätssprung in der Kinderbetreuung gesorgt. Damit werden die Voraussetzungen geschaffen, um eine kontinuierliche bildungsorientierte Betreuung zu erzielen.

Für uns Grüne stehen bei der Kinderbetreuung in Kindertagesstätten bzw. Horteinrichtungen die Qualitätsmaßnahmen (z. B. größere Flexibilisierung der Angebotsformen) im Vordergrund. Zu-

sammen mit der SPD-Fraktion haben wir nach einem enttäuschenden Verhalten von CDU und FDP im Stadtparlament einen Änderungsantrag verabschiedet, der die Erhöhung des Fachkräfteschlüssels ab dem Kindergartenjahr 2006 – 2008 vorsieht. Gleichzeitig haben wir beschlossen, dass bis 2010 die Kinderbetreuung kostenfrei in Anspruch genommen werden kann.

Nach diesem richtungweisenden Beschluss müssen nun alle gemeinsam die Finanzierung sicherstellen. Auch der Kämmerer ist aufgefordert, seinen Job zu machen und mit dafür zu sorgen, dass die mehrheitlich gefassten Beschlüsse umgesetzt werden. Langfristig wird das eine der besten Investitionen sein, die im Stadtparlament beschlossen worden ist – nicht nur zu Gunsten einer besseren familiengerechten Betreuung unserer Kinder, sondern auch zu Gunsten einer Gesellschaft, die den fördernden Zugang zu Bildung als eine ihrer wichtigsten Zukunftsressourcen erkennen muss.

Karin Müller, Jugendpolitische Sprecherin



# Keiner will in Calden landen!

Lufthansa warnt offen vor der  
Verschwendung von Steuergeldern  
für Flughafenneubau.

Das Planfeststellungsverfahren für den Flughafenneubau in Calden hat begonnen. Die Argumente gegen dieses ökonomische Abenteuer mit ökologischer Schiefelage liegen auf dem Tisch – die Vorschläge für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung mit mehr Arbeitsplätzen ebenso. Augen zu und durch lautet die Parole der Befürworter. Wir haben Ihnen Stellungnahmen verschiedener Airlines zusammengestellt (Quelle soweit nicht anders angegeben: dpa-Meldung vom 17. Mai 2005). Das Fazit: Keiner will nach Calden. Außer wenn wir dafür zahlen.

„Wir brauchen keine Nonsens-Airports wie in Hof/ Plauen oder Kassel-Calden. Die Quittung bekommen dann die Steuerzahler.“ Joachim Hunold, Chef AirBerlin im Focus vom 15.11.2004

„Der Missbrauch öffentlicher Mittel zum Ausbau unwirtschaftlicher Flughäfen fernab von Ballungsräumen muss gestoppt werden. Negativbeispiele sind (...) der in Hessen geplante Ausbau des Flughafens Kassel-Calden.“ Politikbrief der Lufthansa vom Januar 2005

„Wir planen derzeit nicht Kassel-Calden anzufliegen.“ Matthias Andreesen, Sprecher von dba.

„Wir brauchen große Einzugsgebiete und sind mit den Flughäfen Köln, Stuttgart und Berlin gut aufgestellt.“ Jochim Schöttes, Sprecher Germanwings.

„Das Experiment einer schwarz-grünen Zusammenarbeit im Rathaus Kassel ist am Streit um den Ausbau des Flugplatzes Kassel-Calden zerbrochen. Die Fraktion der GRÜNEN hat sich geweigert, einen 17,8-Millionen-Euro-Zuschuss für das Ausbauprojekt in den städtischen Nachtragshaushalt zu schreiben. CDU und SPD entschieden sich dennoch dafür. Bei dem Vorhaben sollen rund 150 Millionen Euro in einen nicht benötigten Ausbau des Flugplatzes gesteckt werden – obwohl nach Expertenmeinung keine Nachfrage nach einem Regionalflughafen in Kassel besteht. Die nordhessische Stadt liegt inmitten der Einzugsgebiete der Flughäfen Frankfurt, Paderborn und Hannover.“ (Politikbrief der Lufthansa vom Mai 2005). *Zusammengestellt von Wolfgang Friedrich*

## „Wir können Dinge ins Rollen bringen“

Wie können Bund und Kommune fruchtbar kooperieren? Ein Gespräch mit Kassels Jugend-, Schul-, Frauen- und Gesundheitsdezernentin Anne Janz und Matthias Berninger, Staatssekretär im Bundesministerium für Verbraucherschutz.

●traGrün: Frau Janz, was ist einfacher: Flöhe zu hüten oder vier Ämter im Dezernat – Schule, Jugend, Frauen und Gesundheit – unter einen Hut zu bringen?

Janz: Also, das mit den Flöhen sollen besser berufenere Leute übernehmen, ich kümmere mich



✚traGrün: Fehlen noch Gesundheit und Frauen ...

Janz: Die Kürzungen des Landes Hessen im Sozialbereich haben ja auch Frauenprojekte kräftig gebeutel. Die Stadt kann das nicht auffangen. Aber immerhin: Wir haben im Haushalt die finanzielle Unterstützung des Frauentreffs Brückenhof und der multikulturellen Frauenarbeit im Schlachthof verankern können. In jedem der Ressorts achte ich darauf, dass die mädchen- und frauenspezifischen Interessen nicht zu kurz kommen. Was die Gesundheit betrifft, so gehört die lokale Gesundheitsförderung sehr eng zu Jugend und Schule. Sie bietet viele Ansatzpunkte für Prävention, Aufklärung und Unterstützung. Denken Sie nur an die alarmierenden Ergebnisse unserer Schulingangsuntersuchungen – Daten, die wir als einzige Institution quer durch einen Jahrgang erheben können und die besagen, dass sehr viele Kinder krank sind! Krank durch Bewegungsmangel, krank durch mangelhafte Sprachentwicklung, krank durch falsche Ernährung, anfällig für Süchte.

✚traGrün: Herr Berninger, solche Erkenntnisse werden ja gerade auch durch das Bundesministerium, in dem Sie als Staatssekretär arbeiten, in die öffentliche Diskussion gebracht. Wie kann Berlin zivilisationskranken Kindern helfen?

Berninger: Regierung und Parlament haben in den letzten Jahren verschiedene Initiativen für eine gesunde Ernährung von Kinder und Jugendlichen ergriffen. Mit gutem Grund: mindestens ein Drittel der gesamten Gesundheitskosten werden durch Krankheiten verursacht, die stark durch Fehlernährung und Übergewicht mit beeinflusst werden. Regierungshandeln allein reicht natürlich nicht. Wir können allerdings Dinge ins Rollen bringen, gerade durch eine engere Verbindung von Bund und Kommune.

✚traGrün: Etwas konkreter?

Janz: Wir haben z. B. gemeinsam erreicht, dass ein großes Unternehmen einen Wettbewerb unter Kasseler Grundschulen mit Konzeptvorschlägen zu gesunder Ernährung ausgelobt hat, mit dem Ziel, den Spaß am Selbstkochen zu entdecken. Das hat viel Resonanz gefunden – und einer Schule den Hauptpreis gebracht, der immer-

hin aus einer kompletten Schulküche für Koch-AG's besteht. Einen spürbaren Erfolg haben auch Präventivmaßnahmen wie z. B. „Choose“ erzielt, das Jugendliche vor Genuss von sogenannten Alcopops abhalten soll, ohne Ihnen den Spaß an Geselligkeit zu vermiesen. Der Bund hat eine Sondersteuer auf diese alkoholischen Getränke erhoben und wir haben auf lokaler Ebene mit Gaststätten und einschlägigen Clubs eine Verabredung getroffen, dass dort mindestens zwei nicht alkoholische Getränke billiger angeboten werden als alkoholische. Ein Prüfsiegel für die jugendgerechte Gaststätte ist in Arbeit.

Berninger: Eine aktuelle Idee, die sehr gut den Gedanken der Vernetzung verdeutlicht, ist die „Kinderkarte“. Mit einer solchen Karte würde jedes Kind monatlich einen Betrag von 25 Euro zur Verfügung bekommen, um verschiedene Angebote in einer Kommune wahrzunehmen, z. B. von Sportvereinen, Musikschulen, Nachhilfen oder auch Schulküchen bzw. Mensen.

✚traGrün: Das klingt wie eine Weiterentwicklung des Kindergeldes.

Berninger: Es ist mehr als das. Mit einer solchen Maßnahme könnte die Teilhabe von Kindern am sozialen und kulturellen Leben verbessert werden. Denn man darf einen gravierenden gesellschaftlichen Missstand nicht aus den Augen verlieren: Kinder leiden in diesem Land in besonderer Weise unter der schlechten wirtschaftlichen Lage. In Deutschland leben ungefähr zwei Millionen Kinder unter 15 Jahren in einem Haushalt mit einem Einkommen unterhalb der Armutsgrenze.

Janz: Eine solche Karte wäre nicht nur eine Förderung des Kindes, sondern indirekt auch eine Stärkung entsprechender Angebote in der Kommune. Eine Art Refinanzierung von Projekten durch den Bund, der die Karte finanziert, für Projekte, die die Kommune allein nicht stemmen bzw. am Leben erhalten kann.

✚traGrün: Herr Berninger, haben Sie denn schon einmal ausgerechnet, was eine Kasseler Kinderkarte den Bund kosten würde?



Berninger: Ja. Eine einfache Rechnung. In Kassel leben ca. 26.000 Kinder, die jünger als 14 Jahre sind. Das würde bedeuten, dass pro Jahr 7,8 Millionen Euro zusätzliche finanzielle Mittel des Bundes für Angebote für junge Menschen in Kassel zur Verfügung stünden.

✚traGrün: Weckt das nicht Begehrlichkeiten in anderen Kommunen?

Janz: Das wäre zumindest sehr gut nachvollziehbar. Dazu muss man aber auch sehen, dass gerade die Stadt Kassel durch die fehlende kommunale Finanzreform einerseits und die hohe Arbeitslosigkeit andererseits seit mittlerweile 15 Jahren eine Spar- und Konsolidierungspolitik betreiben muss, die kaum Spielräume gelassen hat. Kassel hat entgegen allen Vorurteilen bereits eine vergleichsweise schlanke Verwaltungsstruktur. Im Übrigen gibt es nun einmal keine Institution, die öffentliche Gelder gerade im sozialen Bereich effizienter einzusetzen weiß als eine Kommune. Effektiv zu arbeiten und Kompetenzen zu vernetzen – darin liegen unsere Chancen.

## Sonnige Zukunft bei der GWG

Die gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Kassel (GWG) setzt auf die Integration von Solarkraft. Ein Interview.

Die gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Kassel (GWG) wird in den nächsten Jahren die Modernisierung ihres Wohnungsbestandes weiterhin fortsetzen. Zusammen mit dem deENet, dem Kompetenznetzwerk für dezentrale Energietechnologien e.V., ist dafür ein Konzept entwickelt worden, das neben der Wärmedämmung auch die Integration von Solaranlagen vorsieht. Mit dem Geschäftsführer der GWG, Peter Ley und dem Vorstandsvorsitzenden des deENet, Prof. Werner Kleinkauf, haben wir aus diesem Anlass ein Gespräch geführt.

**traGrün:** Herr Ley, was genau haben Sie vor?

**Ley:** Wir werden bei allen Gebäuden der GWG, bei denen Modernisierungen im Fassaden- und im Dachbereich realisiert werden, prüfen, ob der Einbau von Solaranlagen wirtschaftlich und möglich ist. Im Philippinenhof, wo wir demnächst mit den Sanierungsarbeiten beginnen, werden wir Photovoltaik-Module als Fassadenelemente einsetzen, ergänzend zur Wärmedämmung. Wir wollen zeigen, dass eine Solaranlage etwas anderes sein kann als nachträglich aufgebrachte Platten auf dem Dach, die wie Fremdkörper wirken: die Solarzelle als ein architektonisches und ästhetisches Gestaltungselement. Dies sehe ich als eine wichtige Voraussetzung, dass die ökologisch sinnvolle, bisher architektonisch oft bedenkliche Solarzelle eine Akzeptanz findet, die ihr gerecht wird.

**traGrün:** Warum ist Ihnen das so wichtig?

**Ley:** Dafür gibt es mehrere Gründe. Wir wollen sichtbar machen, dass es sich bei den dann modernisierten Gebäuden um energetisch wertvolle Objekte handelt, und wir hoffen auf eine hohe Akzeptanz bei den Bewohnern. Wir möchten aber auch in unserer Stadt anspruchsvolle Architektur bieten, und wir sind gerne der Vorreiter, der zeigt, welche Kompetenzen in Kassel und der Region in diesem Bereich vorhanden sind. Außerdem sind wir überzeugt davon, dass unsere Kunden künftig immer stärker auf die Heizkosten achten werden, und wir wollen mit dem Angebot geringer Nebenkosten unsere gute Marktposition erhalten.



Vorher – nachher: Schöner und wirtschaftlicher Wohnen mit Wärmedämmung und Solaranlagen.

**traGrün:** Müssen bei einer solchen Sanierung die Mieter nicht mit deutlichen Mietpreissteigerungen rechnen?

**Ley:** Nein. Die Wärmedämmung verursacht natürlich Kosten, und diese Kosten werden auf die Mieter im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten umgelegt. Auf der anderen Seite kann aber mit einer Energieeinsparung bis zu 45 Prozent aufgrund der Wärmedämmung und der neuen Gebäudeheizung gerechnet werden, so dass unter dem Strich neben dem erheblich höheren Komfort nur eine geringere effektive Mehrbelastung entsteht. Die Solaranlagen sollen im Rahmen einer Bürgerbeteiligungsgesellschaft betrieben werden. Hier rechnen wir mit einer Rendite in Höhe von ca. 3,5 bis 4 Prozent. Wir wollen zunächst unseren Mietern eine Beteiligung anbieten, wenn noch Anteile darüber hinaus zur Verfügung stehen, können auch andere Kasseler Bürger zeichnen.

**traGrün:** Wann geht's los?

**Ley:** Im Philippinenhof wollen wir auf jeden Fall vor Beginn der Heizperiode in diesem Jahr fertig werden. Als weitere Projekte sind unsere Häuser am Osterberg, in der Heinrich-Steuil-Straße und in der Mönchebergstraße geplant. Hier soll möglichst in diesem Jahr noch begonnen werden.

**traGrün:** Herr Prof. Kleinkauf, warum engagieren Sie sich so in der Beratung der GWG?

**Prof. Kleinkauf:** Endlich können die Unternehmen aus der Region, die im Bereich der erneuerbaren und dezentralen Energietechnik tätig sind, einmal vor Ort zeigen, was sie können und was sie zu bieten haben. Wir aus der Region Kassel liefern Anlagentechnik z. B. nach Freiburg und die Freiburger können sich damit in der Solarbundesliga sonnen. Jetzt gibt es endlich eine Möglichkeit, auch in Kassel Leuchtturmprojekte zu realisieren. Zudem findet hier die „Revolution“ im Gebäudeabstand statt – und das ist der Markt der Zukunft! Damit eröffnen sich für die Unternehmen in diesem Bereich der dezentralen Energietechnik, d.h. der verbrauchernahen Strom-, Wärme- und Kälteversorgung auch enorme Exportpotenziale. Was hier gemacht wird, kann auch überregional und weltweit eingesetzt werden. Wenn wir aber vor Ort nicht zeigen, was die Region kann, dann gibt es auch keine Exportchancen.

**traGrün:** Warum sind diese Chancen im Bereich der erneuerbaren Energien bisher in Kassel noch nicht entsprechend genutzt worden?

**Prof. Kleinkauf:** Die Entscheidungsträger müssen offen sein und bereit, die Möglichkeiten zu erkennen und umzusetzen. Bei der GWG sind wir nicht auf taube Ohren gestoßen, sondern auf eine große Bereitschaft in die Zukunft zu denken. Dies wünschen wir uns künftig auch bei vielen weiteren Verantwortlichen in dieser Stadt.

## So erreichen Sie uns:

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Fraktion im Rathaus  
Obere Königsstraße 8, Zimmer W120  
34117 Kassel

Tel. 0561 - 787 - 12 94 - Fax: 0561 - 21 04  
E-Mail: [info@gruene-kassel.de](mailto:info@gruene-kassel.de)  
Internet: [www.gruene-kassel.de](http://www.gruene-kassel.de)

Ihre Ansprechpartnerinnen:

Ruth Fürsch und Ulrike Kapusta  
Mo. - Do. 8:30 - 14 Uhr, Fr. 8:30 - 12 Uhr  
Bürgerberatung: Mi. 9 - 11 Uhr

Mitglieder der Rathausfraktion:

Wolfgang Friedrich, Helga Weber, Dieter Beig  
Irene Anacker, Elisabeth König, Karin Müller  
Dr. Klaus Ostermann, Nathalie Döring, Jürgen Blutte, Ottmar Miles-Paul, Ute Mayer, Dagmar Stöwe-Marquardt

Mitglieder des ehrenamtlichen Magistrats:  
Annett Martin und Richard Schramm

Mitglied des hauptamtlichen Magistrats:  
Anne Janz, Dezernentin für Jugend, Schule,  
Frauen und Gesundheit



## Sie haben die Wahl ...

Ein Gastkommentar von  
MdL Dr. Andreas Jürgens  
zur Zukunft der Region

Die Ankündigung von Bundestags-Neuwahlen im September hat bereits dazu geführt, dass die Alternativen auch für Nordhessen immer klarer werden. Das GRÜNE Umweltministerium hat eine

konsequente Förderpolitik für erneuerbare Energien geschaffen. Kassel ist die Solarregion Deutschlands, wenn nicht Europas. Nordhessens Bauern werden durch Bioenergieanlagen die Ölscheichs von morgen. Wenn die CDU wieder auf Atomkraft setzt, stranguliert das einen Wirtschaftszweig, der in Nordhessen wirklich boomt. So werden Arbeitsplätze abgebaut.

Die AOK hat in Kassel 75 neue Arbeitsplätze geschaffen. Die CDU will die solidarische Krankenversicherung durch eine Kopfpauschale entwerfen, die FDP will sie ganz abschaffen. Die neuen Arbeitsplätze wären wieder in Gefahr.

Im GRÜNEN Verbraucherschutzministerium wurde das Gentechnikgesetz mit hohen Schutzstandards für die Verbraucher entwickelt. Die CDU will Gentechnik in Lebensmitteln weitgehend zulassen. Die regionalen Versorgungskreisläufe braucht dann niemand mehr.

Von der rot-GRÜNEN Bundesförderung für Ganztagschulen und der Betreuung von Kindern unter drei Jahren profitiert auch Kassel. Die CDU Landesregierung hat dies alles blockiert und will zudem den Universitäten Geld streichen. Wer die Bildung und damit die Zukunftsfähigkeit Nordhessens fördert und wer sie gefährdet, steht also fest.

Sehen Sie für Nordhessens Zukunft GRÜN oder Schwarz? Sie haben die Wahl.

## Beirat für Hartz IV beschlossen

Nun ist auch in Kassel aufgrund des Antrages der Rathausfraktion von Bündnis90/Die Grünen die Einrichtung eines Hartz-IV-Beirates beschlossene Sache. Wie in vielen anderen Städten und Gemeinden wird der Beirat zur Unterstützung und Beratung bei der Umsetzung der Arbeitsmarktreform Hartz IV gegründet. Dabei übt er keine Kontrolle der jetzt handelnden Organe aus, sondern will vermitteln und bei den auftauchenden Fragen unterstützen, insbesondere bei der Einrichtung der Ein-Euro-Jobs.

Diesem Beirat sollen in Kassel auch Vertreter von Arbeitslosenorganisationen angehören, die im Gegensatz zu den üblichen Beiräten hier Sorgen und Nöte direkt aus der Perspektive der Betroffenen einbringen können. Wir hoffen, dass der Beirat noch in diesem Sommer eingerichtet werden kann. Jedenfalls werden wir Grünen darauf dringen.

Dagmar Stöwe-Marquardt

## Auf die eigenen Ressourcen besinnen

Sieben nordhessische Bundeswehrstandorte stehen vor der Schließung. Ein Desaster für die einzelnen Betroffenen und die Region? Welche neuen Perspektiven können sich ergeben? Winfried Nachtwei, verteidigungspolitischer Sprecher der GRÜNEN, äußerte sich am Rande einer Bundeswehrveranstaltung in Kassel über die Konsequenzen der Schließungspläne. „Die Erfahrungen mit Standortschließungen der früheren Jahre waren oftmals negativ verlaufen,“ sagt Nachtwei, deshalb sei die Sorge der direkt Betroffenen sehr ernst zu nehmen.

Das Beispiel der ehemaligen Wittich-Kaserne in Kassel zeige, dass Konversion aber auch durchaus neue Chancen eröffnen könne. „Ohne die Standortschließung wäre Kassel womöglich nicht zu seinem erfolgreich arbeitenden Technologie- und Gründerzentrum gekommen“, so der Experte. Wichtig sei, dass der Bund den betroffenen Gemeinden den Grund und Boden zu vernünftig niedrigen Preisen anbiete. Gleichzeitig brauchen die Gemeinden und Städte unbürokratische Unterstützung durch Konversionsbeauftragte, die als „Lotse für die Gemeinden, aber noch viel wichtiger als Lotse zwischen den durchaus unterschiedlichen Interessen des Verteidigungs- und Finanzministeriums fungieren“.

Die wichtigste Stelle hierfür sei das Bonn International Center for Conversion (BICC). Die zentrale Lage innerhalb Deutschlands, die Vorreiterrolle verschiedener Institutionen der Region auf dem Gebiet der ökologischen Landwirtschaft und der erneuerbaren Energien könnten Wegweiser bei einem gelungenen Konversionsprozess sein.

Ruth Fürsch, Geschäftsführerin der GRÜNEN Rathausfraktion



## Fragmente zur KulturRegionKassel

DIE GRÜNEN im Rathaus, Januar 2005

Kulturpolitik bedeutet für die Rathaus-GRÜNEN, die Kommunikation und die Diskurskultur zu fördern, der Vereinzelung entgegenzuwirken und die Selbstverwaltung der Menschen in unserer Stadt und der Region zu unterstützen durch Verdeutlichung ihrer politischen Rechte. Aufgabe unserer GRÜNEN Kulturpolitik liegt auch darin, für die Entwicklung und Orientierung des Einzelnen und der Gemeinschaft unter Partizipation der ProduzentInnen und RezipientInnen den Wert von Kunst und Kultur in der Stadt zu klären und kulturelle Präsentationen begründet zu unterstützen.

Indem Kulturpolitik Toleranz fördert, Gemeinsamkeit, Differenz und Vielfalt herausarbeitet und zulässt, hebt sie auch die demokratiefördernde Bedeutung der Kultur hervor.

Gerne senden wir Ihnen unsere Broschüre 'Fragmente zur KulturRegionKassel' auf Anfrage zu, rufen sie uns an, schreiben sie uns oder senden sie uns eine E-Mail.

